



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: 14.10.2024
Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 19:57 Uhr
Ort: Sitzungssaal

ANWESENHEITSLISTE

Zweite Bürgermeisterin

Sabine Gröger

Mitglieder des Gemeinderates

Ulrich Bader
Stefan Berghammer
Michael Kutenlochner
Johannes Mitterhuber
Franz Niedermaier
Manuel Pitsch
Florian Ramsauer
Günther Raschel
Fritz Rümenapf
Martin Schachtl
Manfred Schlamp

Schriftführer

Tobias Weinzierl

Abwesende und entschuldigte Personen:

Elisabeth Winklmaier-Wenzl
Fabienne Darchinger
Dr.-Ing. Matthias Heigl
Udo Karp
Matthias Wenzl

TAGESORDNUNG:

Öffentliche Sitzung

1. Schriftliche Bürgeranfragen
2. Mitteilungen durch die Bürgermeisterin
3. Genehmigung vom Sitzungsprotokoll gemäß § 27 der Geschäftsordnung
4. Bekanntgabe der nichtöffentlichen gefassten Beschlüsse
5. Bürgerklimarat - Vorstellung Klimawoche
6. Vorhabenbezogener Bebauungsplan SO Aufbereitungsanlage Niedererlbach -
Beschlussmäßige Behandlung der eingegangenen Änderungen bzw. Stellungnahmen und
Auslegungsbeschluss
7. Änderung des Flächennutzungsplans durch Deckblatt Nr. 29 - Beschlussmäßige Behandlung
der eingegangenen Äußerungen bzw. Stellungnahmen und Auslegungsbeschluss
8. Genehmigung von Spendeneingängen
- 8.1 Spende für die Seniorenarbeit
- 8.2 Spende für Ausflug der Hausgruppen, Kinderhaus Erlbachrolle
9. Anfragen der Gemeinderäte im öffentlichen Teil

Die Zweite Bürgermeisterin Sabine Gröger eröffnet um 19:30 Uhr die Sitzung des Gemeinderates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Schriftliche Bürgeranfragen

Sachverhalt:

Es sind keine schriftlichen Bürgeranfragen eingegangen.

2. Mitteilungen durch die Bürgermeisterin

Sachverhalt:

Die Zweite Bürgermeisterin Sabine Gröger teilt folgendes mit:

- Das Kinderhaus in Buch a.Erlbach ist in vollem Gange, Anfang November beginnen die Rohbauarbeiten
- Die Sanierung der Wasserleitung „Am Waldhang“ neigen sich dem Ende entgegen, diese Woche wird die Ringleitung eingebunden
- Am Mittwoch den 16.10.2024 findet die Kalenderaufstellung für das Jahr 2025 statt

3. Genehmigung vom Sitzungsprotokoll gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Buch a.Erlbach genehmigt das Sitzungsprotokoll vom 30.09.2024.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

4. Bekanntgabe der nichtöffentlichen gefassten Beschlüsse

Sachverhalt:

Es können keine nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt gegeben werden.

5. Bürgerklimarat - Vorstellung Klimawoche

Sachverhalt:

Die Bayerische Klimawoche wird heuer vom 11.10.2024 bis 20.10.2024 durchgeführt. Hier beteiligt sich auch der Bürgerklimarat der Gemeinde Buch a.Erlbach. Herr Klaus-Dieter Mack stellt das Programm des Bürgerklimarates vor.

Freitag, 18.10. ab 18:00 bis ca. 21:30

18:00: Begrüßung

18:30: Vortrag von Georg Ohmayer zur Gemeinwohlökonomie

19:00: Vortrag von Andrea Bitter (Bayerische Architektenkammer) zum Thema energetisch Sanieren und klimabewusst Bauen

20:30: Filmvorführung: „Closer to Home“ von Local Futures

21:00: Get together

Samstag, 19.10. Ab 12:00 bis 18:00

14:00 - 16:30: Repair Café und offenes Schatzkisterl

12:00 - 18:00: verschiedene Info- und Verkaufsstände zum Thema Lokalität und Regionalität
Café, Kuchen und Chilli sin Carne auf Spendenbasis

**6. Vorhabenbezogener Bebauungsplan SO Aufbereitungsanlage Niedererlbach -
Beschlussmäßige Behandlung der eingegangenen Änderungen bzw. Stellungnahmen
und Auslegungsbeschluss**

Sachverhalt:

Bedenken und Anregungen mit Beschlussvorschlägen

**Im Zuge der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB
und der Fachstellenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB**

**A. Nachstehend aufgeführte Träger öffentlicher Belange wurden am Verfahren
beteiligt:**

1. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Landshut
2. Amt für ländliche Entwicklung Niederbayern
3. Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
4. Bayernwerk Netz GmbH
5. Deutsche Telekom Technik GmbH
6. Gemeinde Eching
7. Gemeinde Vilsheim
8. Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz
9. IHK für Niederbayern, Passau
10. LRA Landshut - Abfallwirtschaft
11. LRA Landshut - Brandschutzdienststelle
12. LRA Landshut - Gesundheitsamt
13. LRA Landshut – SG 44 Bauleitplanung
14. LRA Landshut – Untere Bauaufsichtsbehörde
15. LRA Landshut – Untere Immissionsschutzbehörde
16. LRA Landshut – Untere Naturschutzbehörde
17. Regierung von Niederbayern – Höhere Landesplanungsbehörde
18. Regionaler Planungsverband Landshut
19. Staatliches Bauamt Landshut
20. Stadt Moosburg an der Isar
21. Vermessungsamt Landshut
22. VG Steinkirchen
23. VG Wartenberg
24. Wasserwirtschaftsamt Landshut

**B. Nachstehend aufgeführte Träger öffentlicher Belange wurden am Verfahren
beteiligt und gaben keine Stellungnahme ab:**

5. Deutsche Telekom Technik GmbH
8. Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz
22. VG Steinkirchen
23. VG Wartenberg

Landkreis Landshut Niederbayern

C. Nachstehend aufgeführter Träger öffentlicher Belange wurden am Verfahren beteiligt und erklärten ihr Einverständnis, erhoben keine Einwände, Bedenken, Erinnerungen, Anmerkungen, gaben keine Äußerung ab:

- 2. Amt für ländliche Entwicklung Niederbayern
- 4. Bayernwerk Netz GmbH
- 6. Gemeinde Eching
- 7. Gemeinde Vilsheim
- 9. IHK für Niederbayern, Passau
- 12. LRA Landshut - Gesundheitsamt
- 13. LRA Landshut – SG 44 Bauleitplanung
- 20. Stadt Moosburg an der Isar

Eingegangene Stellungnahmen der Fachstellen mit Hinweisen, Bedenken und Anregungen

1. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Abensberg-Landshut

Datum: 19.08.2024

2.5 Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan (mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage)

Der Geltungsbereich ist von intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen umgeben.

Von diesen können bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung Emissionen in Form von Lärm, Staub und Geruch ausgehen. Diese Beeinträchtigungen sind ersatz- und entschädigungslos hinzunehmen.

Die öffentlichen Feld- und Waldwege, die durch die Baumaßnahme beansprucht werden, sind durch den Betreiber entsprechend dem ursprünglichen Zustand und in Absprache mit der Gemeinde wiederherzustellen. Die Straßen und Wege rund um das Planungsgebiet sind wichtige Zufahrten zu den landwirtschaftlichen Grundstücken. Diese müssen für den landwirtschaftlichen Verkehr jederzeit befahrbar bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Johannes Faltermeier

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und sind zu beachten.

Ein Hinweis auf die Emissionen aus der Bewirtschaftung der Landwirtschaftlichen Flächen sowie auf die Wirtschaftswege wird in die Hinweise zum Bebauungsplan aufgenommen.

Eine Kopie des Schreibens wird an den Antragsteller weitergeleitet.

3. Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Datum: 19.08.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Beteiligung an der oben genannten Planung und bitten Sie, bei künftigen Schriftwechseln in dieser Sache, neben dem Betreff auch unser Sachgebiet (B Q) und unser Aktenzeichen anzugeben. Zur vorgelegten Planung nimmt das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege, als Träger öffentlicher Belange, wie folgt Stellung:

Bodendenkmalpflegerische Belange:

In der Nähe zu oben genanntem Planungsgebiet befinden sich folgende Bodendenkmäler:

D-2-7538-0291 „Siedlung vor- und frühgeschichtlicher Zeitstellung, u.a. der Urnenfelderzeit und der römischen Kaiserzeit sowie des Mittelalters bzw. der Neuzeit.“

D-2-7538-0018 „Verebnete Grabhügel vorgeschichtlicher Zeitstellung.“

D-2-7538-0022 „Verebnete Grabhügel mit Kreisgräben vorgeschichtlicher Zeitstellung, u.a. der mittleren Bronzezeit, Bestattungsort der Latenezeit, Siedlung der römischen Kaiserzeit.“

Eine Orientierungshilfe zum derzeit bekannten Denkmalbestand bietet der öffentlich unter <http://www.denkmal.bayern.de> zugängliche Bayerische Denkmal-Atlas.

Darüber hinaus stehen die digitalen Denkmaldaten für Fachanwender als Web Map Service (WMS) zur Verfügung und können so in lokale Geoinformationssysteme eingebunden werden. Die URL dieses Geowebdienstes lautet:

<https://geoservices.bayern.de/wms/v1/ogc/denkmal.cgi>

Bitte beachten Sie, dass es sich bei o.g. URL nicht um eine Internetseite handelt, sondern um eine Schnittstelle, die den Einsatz entsprechender Software erfordert.

Wegen der bekannten Bodendenkmäler in der Umgebung und der siedlungsgünstigen Topographie des Planungsgebietes sind im Geltungsbereich des Bebauungsplanes weitere Bodendenkmäler zu vermuten.

Bodendenkmäler sind gem. Art. 1 BayDSchG in ihrem derzeitigen Zustand vor Ort zu erhalten. Der ungestörte Erhalt dieser Denkmäler vor Ort besitzt Priorität. Weitere Planungsschritte sollen diesen Aspekt berücksichtigen und Bodeneingriffe auf das unabweisbar notwendige Mindestmaß beschränken.

Nach § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne insbesondere die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sowie die erhaltenswerten Ortsteile, Straßen und Plätze von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung zu berücksichtigen. Gem. Art. 3 BayDSchG nehmen Gemeinden, vor allem im Rahmen der Bauleitplanung auf die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, angemessen Rücksicht. Art. 83, Abs. 1 BV gilt entsprechend. Die genannten Bodendenkmäler sind nachrichtlich in der markierten Ausdehnung in den Bebauungsplan zu übernehmen, in der Begründung aufzuführen sowie auf die besonderen Schutzbestimmungen hinzuweisen (gem. § 5 Abs. 4, § 9 Abs. 6 BauGB) und im zugehörigen Kartenmaterial ihre Lage und Ausdehnung zu kennzeichnen (Anlage PlanZV, Nr. 14.2-3).

Fachliche Hinweise zur Abstimmung kommunaler Planungen mit Belangen der Bodendenkmalpflege entnehmen Sie auch bitte der Broschüre „Bodendenkmäler in Bayern. Hinweise für die kommunale Bauleitplanung.“

(https://www.blfd.bayern.de/mam/abteilungen_und_aufgaben/bodendenkmalpflege/kommunale_bauleitplanung/2018_broschuere_kommunale-bauleitplanung.pdf)

Wir bitten Sie, folgenden Text in den Festsetzungen, auf dem Lageplan und ggf. in den Umweltbericht zu übernehmen:

Für Bodeneingriffe jeglicher Art im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis gern. Art. 7 Abs. 1 BayDSchG notwendig, die in einem eigenständigen Erlaubnisverfahren bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde zu beantragen ist.

Im Rahmen der Genehmigungsverfahren wird das BLfD die fachlichen Belange der Bodendenkmalpflege formulieren.

Der Hinweis auf Art. 8 BayDSchG ist nicht ausreichend.

Bitte beachten Sie die folgenden Hinweise:

Im Falle einer Erlaubniserteilung überprüft das BLfD nach vorheriger Abstimmung die Denkmalvermutung durch eine archäologisch qualifizierte Voruntersuchung bzw. eine qualifizierte Begleitung des Oberbodenabtrags für private Vorhabenträger, die die Voraussetzungen des § 13 BGB (Verbrauchereigenschaft) erfüllen, sowie für Kommunen. Auch eine fachlich besetzte Untere Denkmalschutzbehörde (Kreis- und Stadtarchäologie) kann die Prüfung übernehmen. Informationen hierzu finden Sie unter:

200526 blfd denkmalvermutung flyer.pdf (bayern.de)

Sollte nach Abwägung aller Belange keine Möglichkeit bestehen, Bodeneingriffe durch Umplanung vollständig oder in großen Teilen zu vermeiden, muss im Anschluss an die Denkmalfeststellung durch das BLfD eine vorherige wissenschaftliche Untersuchung, Bergung und Dokumentation (d. h. Ausgrabung) im Auftrag der Vorhabenträger durchgeführt werden. Zur Kostentragung verweisen wir auf Art. 7 Abs. 1 Satz 2 BayDSchG in der Fassung vom 23.06.2023.

Archäologische Ausgrabungen können abhängig von Art und Umfang der Bodendenkmäler einen erheblichen Umfang annehmen und müssen frühzeitig geplant werden. Hierbei sind Vor- und Nachbereitung aller erforderlichen wissenschaftlichen Untersuchungen zu berücksichtigen. Die aktuellen fachlichen Grundlagen für Durchführung und Dokumentation archäologischer Ausgrabungen finden Sie unter

https://www.blfd.bayern.de/mam/information_und_service/fachanwender/dokuvorgaben_april_2020.pdf.

Landkreis Landshut Niederbayern

Die Untere Denkmalschutzbehörde erhält dieses Schreiben per E-Mail mit der Bitte um Kenntnisnahme. Für allgemeine Rückfragen zur Beteiligung des BLfD im Rahmen der Bauleitplanung stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Fragen, die konkrete Belange der Bau- und Kunstdenkmalspflege oder Bodendenkmalspflege betreffen, richten Sie ggf. direkt an den für Sie zuständigen Gebietsreferenten der Praktischen Denkmalspflege (www.blfd.bayern.de).

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Jochen Haberstroh

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und sind zu beachten. Der vorgeschlagene Text wird in die textlichen Hinweise zum Bebauungs- und Grünordnungsplan aufgenommen. Die angrenzenden Bodendenkmäler werden nachrichtlich in die Planung eingezeichnet, soweit es auf dem Planausschnitt sichtbar ist.

Eine Kopie des Schreibens wird an die Antragsteller weitergeleitet.

10. Landratsamt Landshut – Abfallrecht, Bodenschutzrecht

Datum: 30.08.2024

Sehr geehrter Herr Weinzierl,

nachstehende Ausführungen zum beabsichtigten Vorhaben:

a. Bodenschutz

Zum Vorhaben ergeht keine bodenschutzrechtliche Stellungnahme. Die Teilfläche wurde in der Vergangenheit bereits gewerblich genutzt wurde. Der anstehende Boden wurde dadurch schon beeinträchtigt, sodass keine Schutzwürdigkeit mehr gegeben ist.

b. Abfallrecht

Das Grundstück ist gem. §7 Gewerbeabfallverordnung in Verbindung mit §6 der *Satzung über die Vermeidung und Beseitigung von Abfällen im Landkreis Landshut (Abfallwirtschaftssatzung)* an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen.

Weitergehende abfallrechtliche Belange werden dann im bau- und/oder immissionsschutzrechtlichen Verfahren mit berücksichtigt.

Mit freundlichen Grüßen

Gernot Geißler

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und sind zu beachten.

Eine Kopie des Schreibens wird an den Antragsteller weitergeleitet.

11. Landratsamt Landshut – Brandschutzdienststelle

Datum: 30.07.2024

Aus Sicht der Brandschutzdienststelle bestehen gegen das oben genannte Vorhaben keine Bedenken.

Folgenden Hinweis bitte ich jedoch zu beachten:

Sollten im Zuge der Nutzung in diesem Bereich Gebäude errichtet werden, ist sicher zu stellen, dass die erforderliche Löschwasservorhaltung gesichert ist.

Weitere Forderungen, die anhand der mir vorliegenden Unterlagen nicht erkennbar sind, bleiben vorbehalten.

Englbrecht Rudolf

Kreisbrandrat

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und sind zu beachten.

Eine Kopie des Schreibens wird an den Antragsteller weitergeleitet.

14. Landratsamt Landshut – Untere Bauaufsichtsbehörde

Datum: 29.07.2024

Sehr geehrte Damen und Herrn,
zu o.g. Planung ergeht folgende Stellungnahme:

Zu textlichen Hinweis D:

Textliche Hinweise sind rechtlich nicht bindend, trotzdem weisen wir darauf hin, dass es keine Verpflichtung zur Vorlage schalltechnischer Untersuchungen gibt. Diese werden durch die Baugenehmigungsbehörde angefordert, sofern dies zur Prüfung eines Bauantrags erforderlich ist. Hier wird auf die Bauvorlagenverordnung verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Staudenhöchtl

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

15. Landratsamt Landshut – Untere Immissionsschutzbehörde

Datum: 22.08.2024

2.5 Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan (mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage)

Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit Änderung des Flächennutzungsplanes. Die geplante Nutzung als Fläche für eine Recyclings Anlage für Bauschutt steht daher schon fest. Bei solchen muss aufgrund der Brech- und Siebanlagen mit einer hohen Belastung durch Staub und insbesondere Lärm gerechnet werden.

Aus diesem Grund wurden die erwarteten Lärmemissionen mit einem schalltechnischen Kurzbericht von der C. Hentschel Consult vom Juni 2024 überschlägig berechnet. Aufgrund des frühen Stadiums der Planung konnten noch keine genauen Angaben zu den verwendeten Anlagen und der Abläufe gemacht werden. Es wurden daher sehr konservative Annahmen getroffen. Die Richtwerte der TA Lärm und die Orientierungswerte der DIN 18005 konnten in beiden Fällen stabil unterschritten werden. Eine grundsätzliche Durchführbarkeit der Planung konnte so bewiesen werden. Der Kurzbericht ist plausibel. Eine genauere Betrachtung kann im Zuge der folgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erfolgen.

In der Begründung wurde aber nur dieser Kurzbericht behandelt. Zusätzlich zu den Lärmemissionen der Anlage selbst, müssen auch die zu erwarteten Staubemissionen, der zu erwartende zusätzliche Verkehrslärm mit Betrachtung der Anfahrtstrecken und den erwarteten Emissionen durch die Bautätigkeiten betrachtet und Abgewogen werden. Andere Emissionen die nicht erwartet werden wie z.B. Erschütterungen, Lichtblendung, elektromagnetische Strahlung etc. Sollten wenigstens erwähnt werden.

Die in der Begründung betrachteten Emissionen müssen im Umweltbericht unter dem Schutzgut Mensch aufgezählt und bewertet werden.

Sigl

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Die angesprochenen Angaben werden im Umweltbericht ergänzt.

16. Landratsamt Landshut – Untere Naturschutzbehörde

Datum: 09.08.2024

2.4 Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z. B. Landschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnung)

Einwendungen

Es ist ein **artenschutzrechtlicher Beitrag** im Hinblick auf Feldlerche, Kiebitz, Zauneidechse vorzulegen, in dem im Sinne einer Prognose vorausschauend ermittelt und beurteilt wird, ob die vorgesehenen Regelungen auf überwindbare artenschutzrechtliche Hindernisse (§ 44 BNatSchG) treffen würden. Festsetzungen, denen ein dauerhaftes rechtliches Hindernis in Gestalt

artenschutzrechtlicher Verbote entgegensteht, sind nämlich nicht möglich (BVerwG Beschluss vom 25.08.1997 Az. 4 NB 12/97).

In den umliegenden landwirtschaftlichen Flächen sind Nachweise von Feldlerche und Kiebitz verzeichnet und das gesamte Gebiet liegt in der Feldvogelkulisse.

Die Strukturen und die Vornutzung deuten auf ein Vorkommen der Zauneidechse hin und muss überprüft werden.

Wegen der unterschiedlichen Rechtsfolgen sollte der Beitrag einen eigenständigen Bestandteil des Umweltberichts darstellen. Wichtig ist, dass alle notwendigen Maßnahmen, die sich aus dem artenschutzrechtlichen Beitrag ergeben, wie z.B. Minimierungs- oder artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen (sogn. CEF-Maßnahmen), als Festsetzungen im Bebauungsplan (vgl. BayVGH, Urteil vom 30.03.2010, Az. 8 N 09.1861) verankert werden, um Verbindlichkeit zu erlangen. Schönwetter-Blum

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Ein artenschutzrechtlicher Beitrag wird erstellt und vor der Entwurfsauslegung mit der UNB abgestimmt.

17. Regierung von Niederbayern – Höhere Landesplanungsbehörde

Datum: 21.08.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Gemeinde Buch am Erlbach beabsichtigt die Aufstellung des Bebauungsplanes „SO Aufbereitungsanlage Niedererlbach“. Dadurch sollen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Aufbereitungsanlage für Abfälle, Baustoffe und Recyclingprodukte auf dem Gelände einer früheren Kiesabbaufläche geschaffen werden. Die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 29 erfolgt im Parallelverfahren. Der Regionale Planungsverband Landshut nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Ziele (Z) der Raumordnung, die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB nach sich ziehen, sowie Grundsätze (G) der Raumordnung, die zu berücksichtigen sind:

Neue Siedlungsflächen sind möglichst in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten auszuweisen. Ausnahmen sind zulässig, wenn

- von Anlagen, die im Rahmen von produzierenden Gewerbebetrieben errichtet und betrieben sollen, schädliche Umwelteinwirkungen, insbesondere durch Luftverunreinigungen oder Lärm einschließlich Verkehrslärm auf dem Wohnen dienende Gebiete ausgehen würden,
- ... (LEP 3.3 Z).

In den Regionalplänen sind Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Gewinnung von Steinen und Erden für den regionalen und überregionalen Bedarf festzulegen (LEP 5.2.1 Z).

Für die Vorranggebiete nach 5.2.1 sind in den Regionalplänen Folgefunktionen festzulegen (LEP 5.2.2 Z).

Für den Abbau von Kies und Sand werden folgende Vorranggebiete ausgewiesen:

- KS 1 Berghofen-West (Gemeinden Buch a. Erlbach und Eching, Lkr. Landshut)

In den Vorranggebieten soll der Gewinnung von Kies und Sand Vorrang gegenüber anderen Nutzungsansprüchen eingeräumt werden (...) (Regionalplan Landshut RP 13 B IV 2.1.1 Z).

Für die Vorranggebiete (...) sollen folgende Aussagen zu Folgefunktionen getroffen werden:

- Biotopentwicklung: KS 1 (...) (RP 13 B IV 2.3.1 Z).

Bewertung:

Das Vorhaben liegt nordwestlich des Ortsteiles Niedererlbach und umfasst insgesamt ca. 8510 m². Die Planungsfläche selbst wurde in der Vergangenheit zusammen mit den westlich angrenzenden Flächen als Kiesabbaufläche genutzt.

Neue Siedlungsflächen sind möglichst in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten auszuweisen (vgl. LEP 3.3 Z), dadurch soll die Funktionsfähigkeit der Freiräume geschützt werden und neue Ansatzpunkte für eine weitere Besiedelung des Außenbereichs werden vermieden. Das Plangebiet ist grundsätzlich an keine bestehende Siedlungseinheit angebunden. Allerdings wurden im Landesentwicklungsprogramm eine Reihe von Ausnahmen vom Anbindegebot definiert, da es Vorhaben gibt, die auf Grund ihrer spezifischen Anforderungen nicht angebunden werden können.

Landkreis Landshut Niederbayern

Die Ausnahmen vom Anbindegebot sind im LEP abschließend aufgezählt. Ein nicht angebundenes Vorhaben ist u. a. dann zulässig, wenn von Anlagen, die im Rahmen von produzierenden Gewerbebetrieben errichtet und betrieben werden sollen, schädliche Umwelteinwirkungen, insbesondere durch Luftverunreinigungen oder Lärm einschließlich Verkehrslärm, auf dem Wohnen dienende Gebiete ausgehen würden (vgl. LEP 3.3 Z Ausnahme Nr. 4). Die Voraussetzungen der sechsten Ausnahme liegen insbesondere vor, wenn eine nach § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) genehmigungsbedürftige Anlage in angebundener Lage nach den immissionsschutzrechtlichen Vorschriften nicht genehmigungsfähig wäre. Damit sind die Anlagen der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchV) erfasst (vgl. LEP zu 3.3 Begründung). Laut Planunterlagen lassen die Betriebsabläufe (Anliefern, Abkippen, Ein- und Auslagern, Abholen der Stoffe, Behandeln der Abfälle mit Brecher, Siebanlage und Zerkleinerer) eine Zuordnung in einem bereits bestehenden Gebiet nicht zu, daher ist von der Ausnahme des Anbindegebotes Gebrauch zu machen.

Das Plangebiet liegt am Rand des Regionalplan Landshut ausgewiesenen Vorranggebietes KS1 für Bodenschätze Kies „Berghofen-West“ (vgl. RP 13 B IV 2.1.1 Z). Als Rekultivierungsmaßnahme ist im Regionalplan eine Biotopentwicklung vorgesehen (vgl. RP 13 B IV 2.3.1 Z). Laut Planunterlagen ist der Abbau von Kies bereits erfolgt. Auf einer Teilfläche des ehemaligen Kiesabbaugebietes soll die Anlage realisiert werden. Basierend auf Abstimmungsgesprächen im Voraus ist die Nutzungsänderung der Fläche nicht im Widerspruch zu den genannten Zielsetzungen des Vorranggebietes.

Zusammenfassung:

Für das Vorhaben scheint eine Ausnahmeregelung vom Anbindegebot einschlägig. Die Lage des Vorhabens im Vorranggebiet KS1 für Bodenschätze Kies „Berghofen-West“ stellt keinen Konflikt mit den festgesetzten Zielen dar. Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung stehen dem Vorhaben nicht entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Held

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

18. Regionaler Planungsverband Landshut

Datum: 21.08.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Buch am Erlbach beabsichtigt die Aufstellung des Bebauungsplanes „SO Aufbereitungsanlage Niedererlbach“. Dadurch sollen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Aufbereitungsanlage für Abfälle, Baustoffe und Recyclingprodukte auf dem Gelände einer früheren Kiesabbaufläche geschaffen werden. Die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 29 erfolgt im Parallelverfahren. Der Regionale Planungsverband Landshut nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Ziele (Z) der Raumordnung, die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB nach sich ziehen, sowie Grundsätze (G) der Raumordnung, die zu berücksichtigen sind:

Neue Siedlungsflächen sind möglichst in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten auszuweisen.

Ausnahmen sind zulässig, wenn

- von Anlagen, die im Rahmen von produzierenden Gewerbebetrieben errichtet und betrieben sollen, schädliche Umwelteinwirkungen, insbesondere durch Luftverunreinigungen oder Lärm einschließlich Verkehrslärm auf dem Wohnen dienende Gebiete ausgehen würden,
- ... (LEP 3.3 Z).

In den Regionalplänen sind Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Gewinnung von Steinen und Erden für den regionalen und überregionalen Bedarf festzulegen (LEP 5.2.1 Z).

Für die Vorranggebiete nach 5.2.1 sind in den Regionalplänen Folgefunktionen festzulegen (LEP 5.2.2 Z).

Für den Abbau von Kies und Sand werden folgende Vorranggebiete ausgewiesen:

- KS 1 Berghofen-West (Gemeinden Buch a. Erlbach und Eching, Lkr. Landshut)

Landkreis Landshut Niederbayern

In den Vorranggebieten soll der Gewinnung von Kies und Sand Vorrang gegenüber anderen Nutzungsansprüchen eingeräumt werden (...) (Regionalplan Landshut RP 13 B IV 2.1.1 Z).

Für die Vorranggebiete (...) sollen folgende Aussagen zu Folgefunktionen getroffen werden:

- Biotopentwicklung: KS 1 (...) (RP 13 B IV 2.3.1 Z).

Bewertung:

Das Vorhaben liegt nordwestlich des Ortsteiles Niedererlbach und umfasst insgesamt ca. 8510 m². Die Planungsfläche selbst wurde in der Vergangenheit zusammen mit den westlich angrenzenden Flächen als Kiesabbaufläche genutzt.

Neue Siedlungsflächen sind möglichst in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten auszuweisen (vgl. LEP 3.3 Z), dadurch soll die Funktionsfähigkeit der Freiräume geschützt werden und neue Ansatzpunkte für eine weitere Besiedelung des Außenbereichs werden vermieden. Das Plangebiet ist grundsätzlich an keine bestehende Siedlungseinheit angebunden. Allerdings wurden im Landesentwicklungsprogramm eine Reihe von Ausnahmen vom Anbindegebot definiert, da es Vorhaben gibt, die auf Grund ihrer spezifischen Anforderungen nicht angebunden werden können. Die Ausnahmen vom Anbindegebot sind im LEP abschließend aufgezählt. Ein nicht angebundenes Vorhaben ist u. a. dann zulässig, wenn von Anlagen, die im Rahmen von produzierenden Gewerbebetrieben errichtet und betrieben werden sollen, schädliche Umwelteinwirkungen, insbesondere durch Luftverunreinigungen oder Lärm einschließlich Verkehrslärm, auf dem Wohnen dienende Gebiete ausgehen würden (vgl. LEP 3.3 Z Ausnahme Nr. 4). Die Voraussetzungen der sechsten Ausnahme liegen insbesondere vor, wenn eine nach § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) genehmigungsbedürftige Anlage in angebundener Lage nach den immissionsschutzrechtlichen Vorschriften nicht genehmigungsfähig wäre. Damit sind die Anlagen der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchV) erfasst (vgl. LEP zu 3.3 Begründung). Laut Planunterlagen lassen die Betriebsabläufe (Anliefern, Abkippen, Ein- und Auslagern, Abholen der Stoffe, Behandeln der Abfälle mit Brecher, Siebanlage und Zerkleinerer) eine Zuordnung in einem bereits bestehenden Gebiet nicht zu, daher ist von der Ausnahme des Anbindegebotes Gebrauch zu machen.

Das Plangebiet liegt am Rand des Regionalplan Landshut ausgewiesenen Vorranggebietes KS1 für Bodenschätze Kies „Berghofen-West“ (vgl. RP 13 B IV 2.1.1 Z). Als Rekultivierungsmaßnahme ist im Regionalplan eine Biotopentwicklung vorgesehen (vgl. RP 13 B IV 2.3.1 Z). Laut Planunterlagen ist der Abbau von Kies bereits erfolgt. Auf einer Teilfläche des ehemaligen Kiesabbaugebietes soll die Anlage realisiert werden. Basierend auf Abstimmungsgesprächen im Voraus ist die Nutzungsänderung der Fläche nicht im Widerspruch zu den genannten Zielsetzungen des Vorranggebietes.

Zusammenfassung:

Für das Vorhaben scheint eine Ausnahmeregelung vom Anbindegebot einschlägig. Die Lage des Vorhabens im Vorranggebiet KS1 für Bodenschätze Kies „Berghofen-West“ stellt keinen Konflikt mit den festgesetzten Zielen dar. Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung stehen dem Vorhaben nicht entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Dreier

Verbandsvorsitzender

Landrat

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

19. Staatliches Bauamt Landshut

Datum: 01.08.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Anbindung des geplanten Sondergebietes „Aufbereitungsanlage“ erfolgt über die bestehende Zufahrt (Flurst.Nr. 164/11) zur St 2082.

Durch die Ausweisung des Sondergebietes ist mit einer Zunahme des Verkehrs an der Straßeneinmündung bei Abschnitt 500 Station 0,640 der hoch belasteten (3.791 Kfz/24h) Staatsstraße 2082 zu rechnen.

Landkreis Landshut Niederbayern

Eine Linksabbiegespur im Zuge der Staatstraße 2082 in straßenbauamtlicher Baulast wird erforderlich (§ 1 Abs. 6 Nr. 9 BauGB i. V. m. Art. 9 Abs. 1 BayStrWG).

Nach Art. 32 Abs. 1 BayStrWG hat die Kommune die Kosten der Änderung zu tragen.

Die Kostentragungspflicht für die entstehenden Erneuerungs- und Unterhaltsmehrkosten gemäß Art. 33 Abs. 3 BayStrWG bleibt ebenfalls erhalten.

Über die Änderung der Einmündung hat die Kommune vor Rechtsverbindlichkeit des Bauleitplanes beim Staatlichen Bauamt Landshut den Abschluss einer Vereinbarung zu beantragen, in der die technischen Einzelheiten sowie die Kostentragung zu regeln sind. Hierzu ist eine detaillierte Planung erforderlich.

Wir bitten um Übersendung eines Gemeinderatsbeschlusses, wenn unsere Stellungnahme behandelt wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Renate Huber

Technische Amtsrätin

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

In Abstimmung mit dem Staatlichen Bauamt und dem LRA Landshut soll der Anfahrtsverkehr so geregelt werden, dass ein Linksabbiegen von der Staatsstraße zum Planungsgebiet i. d. R. nicht erforderlich wird und somit auf die Errichtung einer Linksabbiegespur verzichtet werden kann.

21. Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, Landshut

Datum: 13.08.2024

Sehr geehrter Herr Schmid,

die Planungsgrundlage entspricht, soweit ersichtlich, dem aktuellen Katasterstand. Den Umfangsgrenzen liegt ein exakter Zahlennachweis zu Grunde. Seitens des Amts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Landshut bestehen keine weiteren Anregungen.

Mit freundlichen Grüßen

Ruth Jakob

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

24. Wasserwirtschaftsamt Landshut

Datum: 03.09.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
zu dem Vorhaben nehmen wir aus wasserwirtschaftlicher Sicht Stellung.

Hochwasser

Wir begrüßen, dass der Geltungsbereich bewusst so gewählt wurde, dass keine Hochwassergefahrenflächen HQ100 betroffen sind. Zu beachten ist jedoch zusätzlich der Hochwassergefahrenbereich HQextrem (Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten). Die Lage im HQextrem Überschwemmungsgebiet ist im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen (Vermeidung erheblicher Sachschäden, hochwasserangepasste Bauweise). Rechtsgrundlage ist hier §78b WHG. Der Umriss des HQextrem-Überschwemmungsgebietes ist nachrichtlich im Bebauungsplan zu übernehmen.

Niederschlagswasser

Die Angaben zur Niederschlagswasserbeseitigung sind noch sehr allgemein gehalten. Niederschlagswasser soll laut Begründung nach Möglichkeit versickert werden, die Eignung zur Versickerungsfähigkeit soll aber erst vom jeweiligen Bauherrn geprüft werden. Bereits auf Ebene der Bauleitplanung muss eine Erschließungskonzeption zugrunde liegen, nach der das anfallende Niederschlagswasser schadlos beseitigt werden kann. Ist aufgrund hoher Grundwasserstände oder mangelnder Sickerfähigkeit des Untergrunds eine Versickerung nicht möglich, sind ggf. erforderliche Flächen für die Regenrückhaltung bereits im Bebauungsplan zu sichern. Gegen den Bebauungsplan bestehen keine grundlegenden wasserwirtschaftlichen Bedenken, wenn obige Ausführungen berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jakob Härtl

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise zum Niederschlagswasser werden dementsprechend so angepasst, dass das Niederschlagswasser vor Ort zu versickern ist.

D. Bedenken und Anregungen von Privatpersonen

Keine eingegangen

Beschluss:

Die Abwägungsvorschläge aus den Punkten 1., 3., 10., 11., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 21. und 24. werden beschlossen.

Der Gemeinderat beschließt den geänderten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans SO Aufbereitungsanlage Niedererlbach gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Behörden und Träger öffentlicher Belange zur Stellungnahme aufzufordern. Weiterhin beauftragt der Gemeinderat die Verwaltung, alle notwendigen Änderungen einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

**7. Änderung des Flächennutzungsplans durch Deckblatt Nr. 29 - Beschlussmäßige
Behandlung der eingegangenen Äußerungen bzw. Stellungnahmen und
Auslegungsbeschluss**

Sachverhalt:

Bedenken und Anregungen mit Beschlussvorschlägen

**Im Zuge der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB
und der Fachstellenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB**

**A. Nachstehend aufgeführte Träger öffentlicher Belange wurden am Verfahren
beteiligt:**

1. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Landshut
2. Amt für ländliche Entwicklung Niederbayern
3. Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
4. Bayernwerk Netz GmbH
5. Deutsche Telekom Technik GmbH
6. Gemeinde Eching
7. Gemeinde Vilsheim
8. Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz
9. IHK für Niederbayern, Passau
10. LRA Landshut - Abfallwirtschaft
11. LRA Landshut - Brandschutzdienststelle
12. LRA Landshut - Gesundheitsamt
13. LRA Landshut – SG 44 Bauleitplanung
14. LRA Landshut – Untere Bauaufsichtsbehörde
15. LRA Landshut – Untere Immissionsschutzbehörde
16. LRA Landshut – Untere Naturschutzbehörde
17. Regierung von Niederbayern – Höhere Landesplanungsbehörde
18. Regionaler Planungsverband Landshut
19. Staatliches Bauamt Landshut
20. Stadt Moosburg an der Isar
21. Vermessungsamt Landshut
22. VG Steinkirchen
23. VG Wartenberg
24. Wasserwirtschaftsamt Landshut

**B. Nachstehend aufgeführte Träger öffentlicher Belange wurden am Verfahren
beteiligt und gaben keine Stellungnahme ab:**

1. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Landshut
5. Deutsche Telekom Technik GmbH
8. Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz
20. Stadt Moosburg an der Isar
22. VG Steinkirchen
23. VG Wartenberg

Landkreis Landshut Niederbayern

C. Nachstehend aufgeführter Träger öffentlicher Belange wurden am Verfahren beteiligt und erklärten ihr Einverständnis, erhoben keine Einwände, Bedenken, Erinnerungen, Anmerkungen, gaben keine Äußerung ab:

2. Amt für ländliche Entwicklung Niederbayern
4. Bayernwerk Netz GmbH
6. Gemeinde Eching
7. Gemeinde Vilsheim
9. IHK für Niederbayern, Passau
11. LRA Landshut - Brandschutzdienststelle
12. LRA Landshut - Gesundheitsamt
13. LRA Landshut – SG 44 Bauleitplanung
14. LRA Landshut – Untere Bauaufsichtsbehörde
16. LRA Landshut – Untere Naturschutzbehörde

Eingegangene Stellungnahmen der Fachstellen mit Hinweisen, Bedenken und Anregungen

3. Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Datum: 19.08.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir bedanken uns für die Beteiligung an der oben genannten Planung und bitten Sie, bei künftigen Schriftwechseln in dieser Sache, neben dem Betreff auch unser Sachgebiet (B Q) und unser Aktenzeichen anzugeben. Zur vorgelegten Planung nimmt das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege, als Träger öffentlicher Belange, wie folgt Stellung:

Bodendenkmalpflegerische Belange:

In der Nähe zu oben genanntem Planungsgebiet befinden sich folgende Bodendenkmäler:

D-2-7538-0291 „Siedlung vor- und frühgeschichtlicher Zeitstellung, u.a. der Urnenfelderzeit und der römischen Kaiserzeit sowie des Mittelalters bzw. der Neuzeit.“

D-2-7538-0018 „Verebnete Grabhügel vorgeschichtlicher Zeitstellung.“

D-2-7538-0022 „Verebnete Grabhügel mit Kreisgräben vorgeschichtlicher Zeitstellung, u.a. der mittleren Bronzezeit, Bestattungsplatz der Latenezeit, Siedlung der römischen Kaiserzeit.“

Eine Orientierungshilfe zum derzeit bekannten Denkmalbestand bietet der öffentlich unter <http://www.denkmal.bayern.de> zugängliche Bayerische Denkmal-Atlas.

Darüber hinaus stehen die digitalen Denkmaldaten für Fachanwender als Web Map Service (WMS) zur Verfügung und können so in lokale Geoinformationssysteme eingebunden werden. Die URL dieses Geowebdienstes lautet:

<https://geoservices.bayern.de/wms/v1/ogc/denkmal.cgi>

Bitte beachten Sie, dass es sich bei o.g. URL nicht um eine Internetseite handelt, sondern um eine Schnittstelle, die den Einsatz entsprechender Software erfordert.

Wegen der bekannten Bodendenkmäler in der Umgebung und der siedlungsgünstigen Topographie des Planungsgebietes sind im Geltungsbereich des Bebauungsplanes weitere Bodendenkmäler zu vermuten.

Bodendenkmäler sind gem. Art. 1 BayDSchG in ihrem derzeitigen Zustand vor Ort zu erhalten. Der ungestörte Erhalt dieser Denkmäler vor Ort besitzt Priorität. Weitere Planungsschritte sollen diesen Aspekt berücksichtigen und Bodeneingriffe auf das unabweisbar notwendige Mindestmaß beschränken.

Nach § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne insbesondere die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sowie die erhaltenswerten Ortsteile, Straßen und Plätze von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung zu berücksichtigen. Gem. Art. 3 BayDSchG nehmen Gemeinden, vor allem im Rahmen der Bauleitplanung auf die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, angemessen Rücksicht. Art. 83, Abs. 1 BV gilt entsprechend. Die genannten Bodendenkmäler sind nachrichtlich in der markierten Ausdehnung in den Bebauungsplan zu übernehmen, in der Begründung aufzuführen sowie auf die besonderen

Landkreis Landshut Niederbayern

Schutzbestimmungen hinzuweisen (gem. § 5 Abs. 4, § 9 Abs. 6 BauGB) und im zugehörigen Kartenmaterial ihre Lage und Ausdehnung zu kennzeichnen (Anlage PlanZV, Nr. 14.2-3).

Fachliche Hinweise zur Abstimmung kommunaler Planungen mit Belangen der Bodendenkmalpflege entnehmen Sie auch bitte der Broschüre „Bodendenkmäler in Bayern. Hinweise für die kommunale Bauleitplanung.“

(https://www.blfd.bayern.de/mam/abteilungen_und_aufgaben/bodendenkmalpflege/kommunale_bauleitplanung/2018_broschuere_kommunale-bauleitplanung.pdf)

Wir bitten Sie, folgenden Text in den Festsetzungen, auf dem Lageplan und ggf. in den Umweltbericht zu übernehmen:

Für Bodeneingriffe jeglicher Art im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7 Abs. 1 BayDSchG notwendig, die in einem eigenständigen Erlaubnisverfahren bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde zu beantragen ist.

Im Rahmen der Genehmigungsverfahren wird das BLfD die fachlichen Belange der Bodendenkmalpflege formulieren.

Der Hinweis auf Art. 8 BayDSchG ist nicht ausreichend.

Bitte beachten Sie die folgenden Hinweise:

Im Falle einer Erlaubniserteilung überprüft das BLfD nach vorheriger Abstimmung die Denkmalvermutung durch eine archäologisch qualifizierte Voruntersuchung bzw. eine qualifizierte Begleitung des Oberbodenabtrags für private Vorhabenträger, die die Voraussetzungen des § 13 BGB (Verbrauchereigenschaft) erfüllen, sowie für Kommunen. Auch eine fachlich besetzte Untere Denkmalschutzbehörde (Kreis- und Stadtarchäologie) kann die Prüfung übernehmen. Informationen hierzu finden Sie unter:

200526 blfd denkmalvermutung flyer.pdf (bayern.de)

Sollte nach Abwägung aller Belange keine Möglichkeit bestehen, Bodeneingriffe durch Umpflanzung vollständig oder in großen Teilen zu vermeiden, muss im Anschluss an die Denkmalfeststellung durch das BLfD eine vorherige wissenschaftliche Untersuchung, Bergung und Dokumentation (d. h. Ausgrabung) im Auftrag der Vorhabenträger durchgeführt werden. Zur Kostentragung verweisen wir auf Art. 7 Abs. 1 Satz 2 BayDSchG in der Fassung vom 23.06.2023.

Archäologische Ausgrabungen können abhängig von Art und Umfang der Bodendenkmäler einen erheblichen Umfang annehmen und müssen frühzeitig geplant werden. Hierbei sind Vor- und Nachbereitung aller erforderlichen wissenschaftlichen Untersuchungen zu berücksichtigen. Die aktuellen fachlichen Grundlagen für Durchführung und Dokumentation archäologischer Ausgrabungen finden Sie unter

https://www.blfd.bayern.de/mam/information_und_service/fachanwender/dokuvorgaben_april_2020.pdf.

Die Untere Denkmalschutzbehörde erhält dieses Schreiben per E-Mail mit der Bitte um Kenntnisnahme. Für allgemeine Rückfragen zur Beteiligung des BLfD im Rahmen der Bauleitplanung stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Fragen, die konkrete Belange der Bau- und Kunstdenkmalpflege oder Bodendenkmalpflege betreffen, richten Sie ggf. direkt an den für Sie zuständigen Gebietsreferenten der Praktischen Denkmalpflege (www.blfd.bayern.de).

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Jochen Haberstroh

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und sind zu beachten.

Der vorgeschlagene Text wird in die textlichen Hinweise zum Bebauungs- und Grünordnungsplan aufgenommen. Die angrenzenden Bodendenkmäler werden nachrichtlich in den Bebauungsplan eingezeichnet, soweit es auf dem Planausschnitt sichtbar ist.

10. Landratsamt Landshut – Abfallrecht, Bodenschutzrecht

Datum: 30.08.2024

Sehr geehrter Herr Weinzierl,
nachstehende Ausführungen zum beabsichtigten Vorhaben:

a. Bodenschutz

Zum Vorhaben ergeht keine bodenschutzrechtliche Stellungnahme. Die Teilfläche wurde in der Vergangenheit bereits gewerblich genutzt wurde. Der anstehende Boden wurde dadurch schon beeinträchtigt, sodass keine Schutzwürdigkeit mehr gegeben ist.

b. Abfallrecht

Das Grundstück ist gem. §7 Gewerbeabfallverordnung in Verbindung mit §6 der *Satzung über die Vermeidung und Beseitigung von Abfällen im Landkreis Landshut (Abfallwirtschaftssatzung)* an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen.

Weitergehende abfallrechtliche Belange werden dann im bau- und/oder immissionsschutzrechtlichen Verfahren mit berücksichtigt.

Mit freundlichen Grüßen

Gernot Geißler

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und sind zu beachten.

Eine Kopie des Schreibens wird an den Antragsteller weitergeleitet.

15. Landratsamt Landshut – Untere Immissionsschutzbehörde

Datum: 22.08.2024

2.5 Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan (mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage)

Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit Änderung des Flächennutzungsplanes. Die geplante Nutzung als Fläche für eine Recyclings Anlage für Bauschutt steht daher schon fest. Bei solchen muss aufgrund der Brech- und Siebanlagen mit einer hohen Belastung durch Staub und insbesondere Lärm gerechnet werden.

Aus diesem Grund wurden die erwarteten Lärmemissionen mit einem schalltechnischen Kurzbericht von der C. Hentschel Consult vom Juni 2024 überschlägig berechnet. Aufgrund des frühen Stadiums der Planung konnten noch keine genauen Angaben zu den verwendeten Anlagen und der Abläufe gemacht werden. Es wurden daher sehr konservative Annahmen getroffen. Die Richtwerte der TA Lärm und die Orientierungswerte der DIN 18005 konnten in beiden Fällen stabil unterschritten werden. Eine grundsätzliche Durchführbarkeit der Planung konnte so bewiesen werden. Der Kurzbericht ist plausibel. Eine genauere Betrachtung kann im Zuge der folgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erfolgen.

In der Begründung wurde aber nur dieser Kurzbericht behandelt. Zusätzlich zu den Lärmemissionen der Anlage selbst, müssen auch die zu erwarteten Staubemissionen, der zu erwartende zusätzliche Verkehrslärm mit Betrachtung der Anfahrtstrecken und den erwarteten Emissionen durch die Bautätigkeiten Betrachtet und Abgewogen werden. Andere Emissionen die nicht erwartet werden wie z.B. Erschütterungen, Lichtblendung, elektromagnetische Strahlung etc. Sollten wenigstens erwähnt werden.

Die in der Begründung betrachteten Emissionen müssen im Umweltbericht unter dem Schutzgut Mensch aufgezählt und bewertet werden.

Sigl

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Die angesprochenen Angaben werden im Umweltbericht zum Bebauungsplan ergänzt.

17. Regierung von Niederbayern – Höhere Landesplanungsbehörde

Datum: 21.08.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Gemeinde Buch am Erlbach beabsichtigt die Aufstellung des Bebauungsplanes „SO Aufbereitungsanlage Niedererlbach“. Dadurch sollen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen

Landkreis Landshut Niederbayern

für die Errichtung einer Aufbereitungsanlage für Abfälle, Baustoffe und Recyclingprodukte auf dem Gelände einer früheren Kiesabbaufläche geschaffen werden. Die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 29 erfolgt im Parallelverfahren. Der Regionale Planungsverband Landshut nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Ziele (Z) der Raumordnung, die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB nach sich ziehen, sowie Grundsätze (G) der Raumordnung, die zu berücksichtigen sind:

Neue Siedlungsflächen sind möglichst in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten auszuweisen. Ausnahmen sind zulässig, wenn

- von Anlagen, die im Rahmen von produzierenden Gewerbebetrieben errichtet und betrieben sollen, schädliche Umwelteinwirkungen, insbesondere durch Luftverunreinigungen oder Lärm einschließlich Verkehrslärm auf dem Wohnen dienende Gebiete ausgehen würden,

- ... (LEP 3.3 Z).

In den Regionalplänen sind Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Gewinnung von Steinen und Erden für den regionalen und überregionalen Bedarf festzulegen (LEP 5.2.1 Z).

Für die Vorranggebiete nach 5.2.1 sind in den Regionalplänen Folgefunktionen festzulegen (LEP 5.2.2 Z).

Für den Abbau von Kies und Sand werden folgende Vorranggebiete ausgewiesen:

- KS 1 Berghofen-West (Gemeinden Buch a. Erlbach und Eching, Lkr. Landshut)

In den Vorranggebieten soll der Gewinnung von Kies und Sand Vorrang gegenüber anderen Nutzungsansprüchen eingeräumt werden (...) (Regionalplan Landshut RP 13 B IV 2.1.1 Z).

Für die Vorranggebiete (...) sollen folgende Aussagen zu Folgefunktionen getroffen werden:

- Biotopentwicklung: KS 1 (...) (RP 13 B IV 2.3.1 Z).

Bewertung:

Das Vorhaben liegt nordwestlich des Ortsteiles Niedererlbach und umfasst insgesamt ca. 8510 m².

Die Planungsfläche selbst wurde in der Vergangenheit zusammen mit den westlich angrenzenden Flächen als Kiesabbaufläche genutzt.

Neue Siedlungsflächen sind möglichst in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten auszuweisen (vgl. LEP 3.3 Z), dadurch soll die Funktionsfähigkeit der Freiräume geschützt werden und neue Ansatzpunkte für eine weitere Besiedelung des Außenbereichs werden vermieden. Das Plangebiet ist grundsätzlich an keine bestehende Siedlungseinheit angebunden. Allerdings wurden im Landesentwicklungsprogramm eine Reihe von Ausnahmen vom Anbindegebot definiert, da es Vorhaben gibt, die auf Grund ihrer spezifischen Anforderungen nicht angebunden werden können. Die Ausnahmen vom Anbindegebot sind im LEP abschließend aufgezählt. Ein nicht angebundenes Vorhaben ist u. a. dann zulässig, wenn von Anlagen, die im Rahmen von produzierenden Gewerbebetrieben errichtet und betrieben werden sollen, schädliche Umwelteinwirkungen, insbesondere durch Luftverunreinigungen oder Lärm einschließlich Verkehrslärm, auf dem Wohnen dienende Gebiete ausgehen würden (vgl. LEP 3.3 Z Ausnahme Nr. 4). Die Voraussetzungen der sechsten Ausnahme liegen insbesondere vor, wenn eine nach § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) genehmigungsbedürftige Anlage in angebundener Lage nach den immissionsschutzrechtlichen Vorschriften nicht genehmigungsfähig wäre. Damit sind die Anlagen der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchV) erfasst (vgl. LEP zu 3.3 Begründung). Laut Planunterlagen lassen die Betriebsabläufe (Anliefern, Abkippen, Ein- und Auslagern, Abholen der Stoffe, Behandeln der Abfälle mit Brecher, Siebanlage und Zerkleinerer) eine Zuordnung in einem bereits bestehenden Gebiet nicht zu, daher ist von der Ausnahme des Anbindegebotes Gebrauch zu machen.

Das Plangebiet liegt am Rand des Regionalplan Landshut ausgewiesenen Vorranggebietes KS1 für Bodenschätze Kies „Berghofen-West“ (vgl. RP 13 B IV 2.1.1 Z). Als Rekultivierungsmaßnahme ist im Regionalplan eine Biotopentwicklung vorgesehen (vgl. RP 13 B IV 2.3.1 Z). Laut Planunterlagen ist der Abbau von Kies bereits erfolgt. Auf einer Teilfläche des ehemaligen Kiesabbaugebietes soll die Anlage realisiert werden. Basierend auf Abstimmungsgesprächen im Voraus ist die Nutzungsänderung der Fläche nicht im Widerspruch zu den genannten Zielsetzungen des Vorranggebietes.

Zusammenfassung:

Landkreis Landshut Niederbayern

Für das Vorhaben scheint eine Ausnahmeregelung vom Anbindegebot einschlägig. Die Lage des Vorhabens im Vorranggebiet KS1 für Bodenschätze Kies „Berghofen-West“ stellt keinen Konflikt mit den festgesetzten Zielen dar. Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung stehen dem Vorhaben nicht entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Held

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

18. Regionaler Planungsverband Landshut

Datum: 21.08.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Gemeinde Buch am Erlbach beabsichtigt die Aufstellung des Bebauungsplanes „SO Aufbereitungsanlage Niedererlbach“. Dadurch sollen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Aufbereitungsanlage für Abfälle, Baustoffe und Recyclingprodukte auf dem Gelände einer früheren Kiesabbaufläche geschaffen werden. Die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 29 erfolgt im Parallelverfahren. Der Regionale Planungsverband Landshut nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Ziele (Z) der Raumordnung, die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB nach sich ziehen, sowie Grundsätze (G) der Raumordnung, die zu berücksichtigen sind:

Neue Siedlungsflächen sind möglichst in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten auszuweisen. Ausnahmen sind zulässig, wenn

- von Anlagen, die im Rahmen von produzierenden Gewerbebetrieben errichtet und betrieben sollen, schädliche Umwelteinwirkungen, insbesondere durch Luftverunreinigungen oder Lärm einschließlich Verkehrslärm auf dem Wohnen dienende Gebiete ausgehen würden,
- ... (LEP 3.3 Z).

In den Regionalplänen sind Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Gewinnung von Steinen und Erden für den regionalen und überregionalen Bedarf festzulegen (LEP 5.2.1 Z).

Für die Vorranggebiete nach 5.2.1 sind in den Regionalplänen Folgefunktionen festzulegen (LEP 5.2.2 Z).

Für den Abbau von Kies und Sand werden folgende Vorranggebiete ausgewiesen:

- KS 1 Berghofen-West (Gemeinden Buch a. Erlbach und Eching, Lkr. Landshut)

In den Vorranggebieten soll der Gewinnung von Kies und Sand Vorrang gegenüber anderen Nutzungsansprüchen eingeräumt werden (...) (Regionalplan Landshut RP 13 B IV 2.1.1 Z).

Für die Vorranggebiete (...) sollen folgende Aussagen zu Folgefunktionen getroffen werden:

- Biotopentwicklung: KS 1 (...) (RP 13 B IV 2.3.1 Z).

Bewertung:

Das Vorhaben liegt nordwestlich des Ortsteiles Niedererlbach und umfasst insgesamt ca. 8510 m².

Die Planungsfläche selbst wurde in der Vergangenheit zusammen mit den westlich angrenzenden Flächen als Kiesabbaufläche genutzt.

Neue Siedlungsflächen sind möglichst in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten auszuweisen (vgl. LEP 3.3 Z), dadurch soll die Funktionsfähigkeit der Freiräume geschützt werden und neue Ansatzpunkte für eine weitere Besiedelung des Außenbereichs werden vermieden. Das Plangebiet ist grundsätzlich an keine bestehende Siedlungseinheit angebunden. Allerdings wurden im Landesentwicklungsprogramm eine Reihe von Ausnahmen vom Anbindegebot definiert, da es Vorhaben gibt, die auf Grund ihrer spezifischen Anforderungen nicht angebunden werden können. Die Ausnahmen vom Anbindegebot sind im LEP abschließend aufgezählt. Ein nicht angebundenes Vorhaben ist u. a. dann zulässig, wenn von Anlagen, die im Rahmen von produzierenden Gewerbebetrieben errichtet und betrieben werden sollen, schädliche Umwelteinwirkungen, insbesondere durch Luftverunreinigungen oder Lärm einschließlich Verkehrslärm, auf dem Wohnen dienende Gebiete ausgehen würden (vgl. LEP 3.3 Z Ausnahme Nr. 4). Die Voraussetzungen der sechsten Ausnahme liegen insbesondere vor, wenn eine nach § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) genehmigungsbedürftige Anlage in angebundener Lage nach den immissionsschutzrechtlichen Vorschriften nicht genehmigungsfähig wäre. Damit sind die Anlagen der

Landkreis Landshut Niederbayern

Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchV) erfasst (vgl. LEP zu 3.3 Begründung). Laut Planunterlagen lassen die Betriebsabläufe (Anliefern, Abkippen, Ein- und Auslagern, Abholen der Stoffe, Behandeln der Abfälle mit Brecher, Siebanlage und Zerkleinerer) eine Zuordnung in einem bereits bestehenden Gebiet nicht zu, daher ist von der Ausnahme des Anbindegebotes Gebrauch zu machen.

Das Plangebiet liegt am Rand des Regionalplan Landshut ausgewiesenen Vorranggebietes KS1 für Bodenschätze Kies „Berghofen-West“ (vgl. RP 13 B IV 2.1.1 Z). Als Rekultivierungsmaßnahme ist im Regionalplan eine Biotopentwicklung vorgesehen (vgl. RP 13 B IV 2.3.1 Z). Laut Planunterlagen ist der Abbau von Kies bereits erfolgt. Auf einer Teilfläche des ehemaligen Kiesabbaugebietes soll die Anlage realisiert werden. Basierend auf Abstimmungsgesprächen im Voraus ist die Nutzungsänderung der Fläche nicht im Widerspruch zu den genannten Zielsetzungen des Vorranggebietes.

Zusammenfassung:

Für das Vorhaben scheint eine Ausnahmeregelung vom Anbindegebot einschlägig. Die Lage des Vorhabens im Vorranggebiet KS1 für Bodenschätze Kies „Berghofen-West“ stellt keinen Konflikt mit den festgesetzten Zielen dar. Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung stehen dem Vorhaben nicht entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Dreier

Verbandsvorsitzender

Landrat

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

19. Staatliches Bauamt Landshut

Datum: 01.08.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Anbindung des geplanten Sondergebietes „Aufbereitungsanlage“ erfolgt über die bestehende Zufahrt (Flurst.Nr. 164/11) zur St 2082.

Durch die Ausweisung des Sondergebietes ist mit einer Zunahme des Verkehrs an der Straßeneinmündung bei Abschnitt 500 Station 0,640 der hoch belasteten (3.791 Kfz/24h) Staatsstraße 2082 zu rechnen.

Eine Linksabbiegespur im Zuge der Staatsstraße 2082 in straßenbauamtlicher Baulast wird erforderlich (§ 1 Abs. 6 Nr. 9 BauGB i. V. m. Art. 9 Abs. 1 BayStrWG).

Nach Art. 32 Abs. 1 BayStrWG hat die Kommune die Kosten der Änderung zu tragen.

Die Kostentragungspflicht für die entstehenden Erneuerungs- und Unterhaltungsmehrkosten gemäß Art. 33 Abs. 3 BayStrWG bleibt ebenfalls erhalten.

Über die Änderung der Einmündung hat die Kommune vor Rechtsverbindlichkeit des Bauleitplanes beim Staatlichen Bauamt Landshut den Abschluss einer Vereinbarung zu beantragen, in der die technischen Einzelheiten sowie die Kostentragung zu regeln sind. Hierzu ist eine detaillierte Planung erforderlich.

Wir bitten um Übersendung eines Gemeinderatsbeschlusses, wenn unsere Stellungnahme behandelt wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Renate Huber

Technische Amtsrätin

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

In Abstimmung mit dem Staatlichen Bauamt und dem LRA Landshut soll der Anfahrtsverkehr so geregelt werden, dass ein Linksabbiegen von der Staatsstraße zum Planungsgebiet i. d. R. nicht erforderlich wird und somit auf die Errichtung einer Linksabbiegespur verzichtet werden kann.

21. Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, Landshut

Datum: 13.08.2024

Sehr geehrter Herr Schmid,
die Planungsgrundlage entspricht, soweit ersichtlich, dem aktuellen Katasterstand. Den Umfangsgrenzen liegt ein exakter Zahlennachweis zu Grunde. Seitens des Amts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Landshut bestehen keine weiteren Anregungen.

Mit freundlichen Grüßen

Ruth Jakob

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

24. Wasserwirtschaftsamt Landshut

Datum: 03.09.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
zu dem Vorhaben nehmen wir aus wasserwirtschaftlicher Sicht Stellung.

Hochwasser

Wir begrüßen, dass der Geltungsbereich bewusst so gewählt wurde, dass keine Hochwassergefahrenflächen HQ100 betroffen sind. Zu beachten ist jedoch zusätzlich der Hochwassergefahrenbereich HQextrem (Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten). Die Lage im HQextrem Überschwemmungsgebiet ist im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen (Vermeidung erheblicher Sachschäden, hochwasserangepasste Bauweise). Rechtsgrundlage ist hier §78b WHG. Der Umriss des HQextrem-Überschwemmungsgebietes ist nachrichtlich im Bebauungsplan zu übernehmen.

Niederschlagswasser

Die Angaben zur Niederschlagswasserbeseitigung sind noch sehr allgemein gehalten. Niederschlagswasser soll laut Begründung nach Möglichkeit versickert werden, die Eignung zur Versickerungsfähigkeit soll aber erst vom jeweiligen Bauherrn geprüft werden. Bereits auf Ebene der Bauleitplanung muss eine Erschließungskonzeption zugrunde liegen, nach der das anfallende Niederschlagswasser schadlos beseitigt werden kann. Ist aufgrund hoher Grundwasserstände oder mangelnder Sickerfähigkeit des Untergrunds eine Versickerung nicht möglich, sind ggf. erforderliche Flächen für die Regenrückhaltung bereits im Bebauungsplan zu sichern.

Gegen den Bebauungsplan bestehen keine grundlegenden wasserwirtschaftlichen Bedenken, wenn obige Ausführungen berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jakob Härtl

Beschluss- und Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise zum Niederschlagswasser werden dementsprechend so angepasst, dass das Niederschlagswasser vor Ort zu versickern ist.

D. Bedenken und Anregungen von Privatpersonen

Keine eingegangen

Beschluss:

Die Abwägungsvorschläge aus den Punkten 3., 10., 15., 17., 18., 19., 21. und 24. werden beschlossen.

Der Gemeinderat beschließt den geänderten Entwurf des Flächennutzungsplans durch Deckblatt Nr. 29 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Behörden und Träger öffentlicher Belange zur Stellungnahme aufzufordern. Weiterhin beauftragt der Gemeinderat die Verwaltung, alle notwendigen Änderungen einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

8. Genehmigung von Spendeneingängen

8.1 Spende für die Seniorenarbeit

Sachverhalt:

Am 12.07.2024 hat Gemeinde Buch a.Erlbach von der Raiffeisenbank Buch-Eching eG eine Spende in Höhe von 500,00 € erhalten. Die Spende ist für den Zweck der Seniorenarbeit/ Seniorentreff und für einen neuen Rollstuhl bestimmt.

Beschluss:

Die zweite Bürgermeisterin Sabine Gröger wird ermächtigt, die Spende zweckgebunden für die Seniorenarbeit anzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

8.2 Spende für Ausflug der Hausgruppen, Kinderhaus Erlbachtrolle

Sachverhalt:

Am 18.07.2024 haben die Hausgruppen des Kinderhauses Erlbachtrolle eine Spende in Höhe von 150,00 € von der FeGo Immobilien GmbH erhalten. Die Spende soll für einen Ausflug verwendet werden.

Beschluss:

Die zweite Bürgermeisterin Sabine Gröger wird ermächtigt, die Spende zweckgebunden für die Gemeinde Buch a.Erlbach anzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

9. Anfragen der Gemeinderäte im öffentlichen Teil

Sachverhalt:

Im Gemeinderat ergeben sich folgende Anfragen:

Ulrich Bader:

Wie sehen die Intervalle bei der Leerung der Paketstation an der Kegelhalle aus?

Antwort:

Die Verwaltung wird nachfragen.

Martin Schachtl:

Haben sich schon Schülerlotsen für den Übergang an der Gastorfer Straße gemeldet?

Antwort:

Es haben sich schon zwei freiwillige gemeldet.

Martin Schachtl:

Am 19.11.2024 findet im Bürgersaal um 19.00 Uhr ein Vortrag von der Bürgerenergie Niederbayern statt. Im Anschluss hieran werden sich die Anwohner der Flurstraße, welche an die Nahwärmeversorgung in Niedererlbach anschließen wollen, mit der Bürgerenergie zusammensetzen.

**Landkreis Landshut
Niederbayern**

Mit Dank für die gute Mitarbeit schließt die Zweite Bürgermeisterin Sabine Gröger um 19:57 Uhr die Sitzung des Gemeinderates.

Sabine Gröger
Zweite Bürgermeisterin

Tobias Weinzierl
Schriftführung